



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-o. W.-: Berliner Briefe.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Reichstags nicht zu gefährden, ist ein Ausfluß deutscher Pedanterie, die wir leider noch nicht abgelegt haben, und deren ohnmächtiges Predigen das Ansehen des Reichstags schließlich viel mehr gefährdet, als ein paar ohne Aufsehen von wenigen Anwesenden erledigte Geschäfte.

In der 6. Sitzung brachte der Abgeordnete Schulze-Delitzsch die unvermeidliche Interpellation der Fortschrittspartei ein, ob nicht die Reichsverfassung nächstens dahin geändert werden solle, daß die Reichstagsmitglieder Diäten erhalten. Der Präsident des Reichskanzleramtes antwortete, der Bundesrath habe auf Bericht seines Verfassungsausschusses den bezüglichen Gesetzesvorschlag des Reichstages vom 25. April 1871 einstimmig abgelehnt.

Die Fortschrittspartei denkt, die Diäten durch Zähligkeit zu erobern. Die jetzige Reichsregierung ist indessen keine Freundin passiver Abwehr. Es wird nicht fehlen, daß wenn der Reichstag die Anträge der Fortschrittspartei auf Einführung der Diäten sich wiederholt aneignen sollte, von conservativer Seite Gegenanträge auf Abänderung anderer Verfassungsartikel gestellt werden, vielleicht solcher Artikel, welche die Rechte des Reichstages betreffen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Diäten die Zusammensetzung der Wahlversammlungen verändern. Mit Bezug auf die Bürgschaften, welche in der Diätenlosigkeit liegen, sind bei der Gründung des Norddeutschen Bundes die Rechte des Reichstages bemessen worden, welche dann unverändert in die Reichsverfassung übergegangen sind. Will man das damalige Compromiß aufheben, so muß die Wirkung zweiseitig sein.

C—r.

## Berliner Briefe.

Seit vier Tagen sind wir wieder im parlamentarischen Leben, aber noch gleichen wir einem Menschen, der, nach langem, schweren und müden Schlaf, die Augen nur halb aufmacht und die Glieder dehnt, ohne sich in dem Richte des Tages zurecht zu finden. Die frühere Anstrengung war groß und die Pause zu kurz, um eine rechte gierige Lust nach der neuen Thätigkeit erstehen zu lassen, während ohnedies kein Ereigniß von Bedeutung zu solcher anspornte. Die feierliche Eröffnung des Reichstags im weißen Saale des königlichen Schlosses war am Montag um 1 Uhr angefetzt; zu dieser Stunde war aber in dem prächtigen Raume nur ein erschreckend kleines Häufchen von Abgeordneten versammelt\*), an welchem der Kaiser beim Eintritt vorüberging. Zufällig stand ganz vorn der Fürst Hohenlohe, an welchen der Kaiser herantrat und ihm freundlich die Hand reichte. In den wenigen Minuten, welche der Kaiser in den Gemächern zubrachte, ehe er wieder in den Saal trat, hatte sich die Versammlung zwar etwas vermehrt, aber man konnte sich nicht darüber täuschen, daß sie noch immer sehr unvollzählig war und die erste Sitzung im Reichstagsgebäude bewies dies bald unzweifelhaft, indem der erste Namensaufruf die Beschlussunfähigkeit constatirte, ein Uebel, dem erst am Mittwoch abgeholfen werden konnte. Alle Welt verurtheilt diese Saumseligkeit. Aber die Einigkeit geht wie gewöhnlich nur so weit, als die Negation geht. Hinsichtlich der Mittel zur Abhülfe gehen die Ansichten aus einander. Die Einen meinen, die Quelle des Uebels liege in der Diätenlosigkeit, die Andern verlangen eine Herabsetzung der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Zahl von Abgeordneten.

\*) Es waren bloß die katholischen Abgeordneten.

Was die Diätenlosigkeit betrifft, so hat die Erfahrung gelehrt, daß im Abgeordnetenhaus der Besuch auch in den Anfängen mancher Session viel zu wünschen läßt. Bei den heutigen Geldverhältnissen ist eine Entschädigung von drei Thalern täglich durchaus unzureichend, um die Kosten zu decken, welche einem Abgeordneten durch seinen Aufenthalt hier verursacht werden. Will man die Sache principiell behandeln, so muß man eine Entschädigung feststellen, welche den Abgeordneten in den Stand setzt, ohne eigene Opfer sich parlamentarischer Thätigkeit zu widmen. Andernfalls berücksichtigt man günstigsten Falls nur die Klasse von Abgeordneten, welche es gerade bei einem Zuschuß von 3 Thalern, seitens des Staats, möglich oder mit ihren materiellen Interessen verträglich findet, parlamentarische Pflichten auszuüben. Im Jahre 1848 konnten allenfalls oberschlesische Bauern von drei Thaler täglichen Diäten etwas zurücklegen. Heute steht sich selbst ein Handwerker, der in socialistischer Agitation macht (und ein Anderer als ein Agitator wird ja nicht in das Parlament gewählt), in gewöhnlichen Zeiten so gut, daß ihn die Diäten nicht zu sehr verlocken können. Es ist über diese Frage so viel gesprochen und geschrieben worden, daß man einen gewissen Widerwillen hat, sie nochmals zu berühren. Ohnedies hat der Reichstag in seiner letzten Sitzung die Diätenzahlung gefordert. Aber zu den frühern Gründen gegen dieselbe sollte gerade jetzt noch die Erkenntniß kommen, daß der steigenden socialen Bewegung gegenüber dringend nothwendig ist, das besitzende Element in den Parlamenten zu verstärken. Zugegeben, daß Deutschland arm, sehr viel ärmer als England oder Frankreich ist, so ist es doch nicht so arm, um nicht ein Parlament beschicken zu können. Einem Einzelnen wird eine parlamentarische Session schwerlich mehr kosten, als eine Bade- oder Vergnügungsreise, wie sie im Sommer aus Norddeutschland vielleicht zwanzig- oder dreißigtausend Menschen unternehmen. In der Zahl der Vermögenden gibt es genug Solcher, welche die nöthige Bildung für parlamentarische Thätigkeit besitzen. Es fehlt nur die Neigung dazu, und daß diese fehlt, ist hauptsächlich die Folge der langen Ohnmacht, zu welcher die Volksvertretung bei uns verurtheilt gewesen ist und welche allerdings keine Lust erwecken konnte, behagliche Verhältnisse zu verlassen. Idealismus ist etwas sehr Schönes und die tapfern Abgeordneten, welche unter Mantouffel und dann wieder in der Zeit des „inneren Conflicts“ auf ihrem Posten aushielten, sicher, daß ihre einzige Belohnung Maßregelung und Zurücksetzung sein würde, verdienen alle Bewunderung — aber im politischen Leben ist der Regel nach das materielle Interesse viel wichtiger, als das ideale Bestreben. Der demokratische Liberalismus wurde zweimal, im Herbst 1848 und im Jahre 1863, von dem Volke im Stich gelassen. Er war den wohlhabenden Klassen zu weit gegangen und den jetzigen Socialisten geht er nicht weit genug, so daß er sich thatsächlich zwischen zwei Stühle setzt. Seit der Begründung der norddeutschen Bundesverfassung hat der gegenwärtige Reichskanzler fest daran gehalten, daß die Diätenlosigkeit das Gegengewicht des allgemeinen Stimmrechts bleiben müsse. Der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz stichhaltig. Wenn die Socialisten so zahlreich wären, wie sie zuweilen vorgeben zu sein, so könnten sie statt zwei oder drei, dreißig oder vierzig Abgeordnete in den Reichstag schicken und mit der Hälfte des Geldes, welches für einen einzigen Strike ausgegeben wird, könnten diese Abgeordneten erhalten werden. Viel richtiger ist, die Diätenlosigkeit als einen Barometer der wahren Stimmung anzusehen. Wo ein ernstes Interesse im Spiel ist, wird man auch Opfer bringen, bloße Worte, die gar nichts nützen, sind überall billig und am billigsten in Deutsch-

land. Der Reichskanzler hat Manches gethan, was früher oder später der liberalen Partei zu Gute kommen muß, und obgleich er nie ein Wort darüber gesagt hat, so ist vielleicht diese Einführung der Diätenlosigkeit einer der größten Dienste, den er ihr erwiesen hat. Nur müßte sie, statt sich dagegen zu sperren, das Angebot rückhaltlos annehmen, und darauf weiter bauen, um ein möglichst unabhängiges Parlament zu erlangen. Die persönlich unabhängigen Männer, welche heut einen Reichstag füllen könnten, sind etwas conservativer als im Durchschnitt die Liberalen, aber das Durchschnittsniveau politischer Gesinnung ist auch seit 24 Jahren in Deutschland so weit zu Gunsten des Liberalismus emporgestiegen, daß man sich diese Zögerung wohl gefallen lassen kann.

Ist man schon über alle Gebühr in die Diätenfrage verrannt, so ist man es noch mehr in die Vollzähligkeit der Versammlung. Es gibt kein beliebteres Argument in Deutschland als die „Würde“. In der ersten Debatte eines Clubb's von sechs Leuten kann man sicher als erstes Argument die „Würde“ der verehrlichen Versammlung hören. Eine Herabsetzung der Beschlußfähigkeit des Reichstages wäre auch gegen die Würde der Nation. Wenn wir einmal ohne Rückhalt sprechen wollen, so möchten wir fragen, wieviel denn unter den Mitgliedern einer großen Versammlung zu irgend einer Zeit wirklich zählen? Immer nur verhältnißmäßig Wenige. Wenn aber eine Angelegenheit zur Verhandlung kommt, die ein brennendes Interesse berührt, so wird ein Parlament voll, nicht bloß vollzählig, sein und wenn zur Beschlußfähigkeit nur der zehnte Theil seiner Mitglieder anwesend sein müßte. Die frommen Ermahnungen und die Strafreden locken nicht einen Mann in das neue Reichstagsgebäude, so glänzend es auch ist: die Ueberzeugung, daß seine Stimme in's Gewicht fallen kann, daß es sich um einen Gegenstand handelt, für den sich die Wähler interessiren, führt die Säumigen von allen Seiten herbei. Der Glaube an die Nothwendigkeit einer vollzähligen Versammlung ist ein Aberglaube, am meisten heut in Deutschland, wo man doch sicher sein kann, daß ein starker und patriotischer Geist in allen Ständen herrscht. Aber keine Logik wird im Stande sein, Jemandem einzureden, es sei von besonderer Wichtigkeit, daß Herr Simson 206 statt 205 Stimmen erhält.

— o. W. —

## Der deutsche Reichskanzler und Herr Benedetti.

Der ehemalige kaiserlich französische Botschafter am Hofe zu Berlin, Graf Benedetti, hat vor mehreren Wochen unter dem Titel: „Ma mission en Prusse“ zu Paris ein Buch veröffentlicht, aus welchem die deutschen Zeitungen bereits vielfältige Mittheilungen gebracht haben. Am 20. October hat sich zur Ueberraschung nicht Weniger, am Meisten aber wohl des Grafen Benedetti selbst, auch der deutsche Reichsanzeiger bewogen gefunden, sich mit dem obengenannten Werke zu beschäftigen.

Die Schrift des Grafen Benedetti ist wohlgeegnet als Grundlage einer Studie über die bonapartistische Staatskunst und bonapartistische Staatsmänner, die wir uns vorbehalten. Heute beabsichtigen wir nur einige Bemerkungen über das Verhalten des deutschen Reichskanzlers gegenüber denjenigen Lockungen bonapartistischer Staatskunst, deren Träger Graf Benedetti war.

Schon als die Note des deutschen Kanzlers vom 29. Juli 1870 veröffentlicht wurde, begriff alle Welt, daß der korsische Diplomat, eines der